

Bericht

des Außenpolitischen Ausschusses

über den Antrag 2315/A(E) der Abgeordneten Angela Lueger, Werner Amon, MBA, Kolleginnen und Kollegen betreffend die dramatische Situation in Syrien und deren Auswirkungen für die Region und auch für Europa

Die Abgeordneten Angela Lueger, Werner Amon, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 23. Mai 2013 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

1. Der syrische Bürgerkrieg bedeutet für die syrische Bevölkerung eine humanitäre Katastrophe, gefährdet die ohnehin mehr als fragile Stabilität im Nahen Osten durch immer mehr Flüchtlinge, welche wiederum in den Flüchtlingslagern unter immer schlimmeren Verhältnissen leben müssen. Europa ist nicht nur durch die wachsende politische Instabilität, sondern auch von nach Europa flüchtenden Menschen von diesem Krisenszenario betroffen. Die EU steht vor der unendlich schwierigen Aufgabe, sich für die Rechte von religiösen Minderheiten in dieser Region einzusetzen und die Menschenrechte aller zu schützen.

Von der Flüchtlingswelle in der Region sind der Libanon, Jordanien und die Türkei am meisten in Mitleidenschaft gezogen.

2. Bei gewalttätigen Konflikten dieser Dimension sind alle religiösen Minderheiten besonders gefährdet. Die Christen in Syrien, welche mit rund zwei Millionen Angehörigen etwa zehn Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, haben lange versucht, so gut es ging, sich aus dem blutigen Machtkampf heraus zu halten. Der Massensexodus irakischer Christen nach dem Sturz Saddam Husseins aus dem Irak ist noch in Erinnerung. In jüngerer Zeit wurde der Konflikt vermehrt in christliche Wohnviertel getragen und es sehen sich Christen mit Plünderungen, Entführungen und gezielten Tötungen sowie Vergewaltigungen konfrontiert.“

Durch die Entführung der beiden Metropoliten von Aleppo, Mar Gregorios Yohanna Ibrahim und Bulos Yazigi durch Rebellen ist die Tragödie der christlichen Bevölkerung in Syrien noch deutlicher geworden.

Die Vertreter der Christen in Syrien, insbesondere deren stärkste Gruppe, die syrisch-orthodoxe Kirche, wünschen sich keinen Massensexodus der Christen. Denn ein Syrien ohne Christen würde den Verlust eines großen kulturellen Erbes bedeuten.

3. Auf internationaler Ebene ist am 15. Mai 2013 in der UNO-Vollversammlung zum dritten Mal die Gewalt in Syrien verurteilt und das Regime in Damaskus zum politischen Wandel aufgefordert worden. 107 der 178 anwesenden Staaten stimmten in New York für eine Resolution, die vor allem von arabischen Ländern entworfen worden ist. Bei 59 Enthaltungen waren zwölf Staaten dagegen.

Es steht außer Zweifel, dass das Assad-Regime für schwere Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung und dramatische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Sowohl von der internationalen Bürgerrechtsorganisation Human Rights Watch als auch von Amnesty International wurde in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass auch die syrische Opposition sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht habe.

In dieser vollkommen unübersichtlichen, verwirrenden und hochdramatischen Situation wären zusätzliche Waffenlieferungen nur zusätzliches Pulver im Pulverfass. Einfache Lösungen für einen raschen Frieden scheint es nicht zu geben, aber jede Initiative, die auf Frieden oder wenigstens deutliches Reduzieren der

Gewalt orientiert ist, sollte unterstützt werden. In diesem Sinn ist der russisch-amerikanische Plan für eine internationale Syrienkonferenz die bisher wichtigste Initiative. Alle an dem Konflikt in Syrien beteiligten Gruppierungen sollen dazu eingeladen werden.

Der Außenpolitische Ausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 05. Juni 2013 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde der Entschließungsantrag 2315/A(E) der Abgeordneten Angela **Lueger**, Werner **Amon**, MBA, Kolleginnen und Kollegen einstimmig beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2013 06 05

Werner Amon, MBA

Berichterstatter

Dr. Josef Cap

Obmann